

# A1 Digitale Souveränität als Leitprinzip grüner Politik in Thüringen – Für eine unabhängige, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Digitalisierung

Gremium: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 16.09.2025

Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

## Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 1. Grundsatzbekenntnis zur digitalen Souveränität

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen bekennt sich zur digitalen Souveränität als Leitprinzip seiner Digitalpolitik.

Wir verstehen darunter die Fähigkeit selbstbestimmt, unabhängig und sicher digitale Technologien zu nutzen und weiterzuentwickeln unter der Wahrung demokratischer, sozialer und ökologischer Standards.

Digitale Souveränität bedeutet für uns nicht Abschottung, sondern resiliente Handlungsfähigkeit in einer vernetzten Welt.

### 2. Verpflichtungen für den Landesverband

Der Landesvorstand verpflichtet sich einen Arbeitskreis "Digitale Souveränität" einzurichten, um eine Strategie zur digitalen Souveränität zu entwickeln, die folgendes beinhaltet:

- Bei der parteiinternen Beschaffung von Software und IT-Dienstleistungen ist dem Grundsatz "Public Money? Public Code!" zu folgen und dies in den Beschaffungsrichtlinien festzuschreiben, sodass ab 01.01.2026 bei allen IT-Beschaffungen und Softwareentscheidungen vorrangig Freie und Open Source Software (FOSS) einzusetzen ist
- Bis Ende 2026 ist ein vollständiger Migrationsplan für die IT-Infrastruktur und Kommunikationskanäle des Landesverbands entwickelt, der die Abhängigkeit von proprietären Lösungen großer Tech-Konzerne reduziert und als Antrag auf der LDK 2027 eingebracht wird
- Regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende, Funktionsträger\*innen und Parteimitglieder zu FOSS, Datenschutz und IT-Sicherheit sind anzubieten
- Berichte zur Digitalisierung insbesondere unter dem Aspekt der digitalen Souveränität werden in den Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes aufgenommen

Diese Liste stellt das Mindestziel dar und kann durch den Arbeitskreis erweitert werden.

### 3. Konkrete Handlungsfelder

31 Der Landesverband setzt sich des Weiteren politisch ein für:

- 32 • Den Aufbau öffentlicher IT-Kompetenzzentren zur Entwicklung und Pflege  
33 eigener Softwarelösungen, die keine Insellösungen darstellen
- 34 • Eine Cloud- und Plattformstrategie für Thüringen, die auf europäischen  
35 bzw. gemeinwohlorientierten Alternativen basiert (z. B. Gaia-X, Nextcloud,  
36 Matrix)
- 37 • Die Förderung dezentraler, kontrollierbarer Netzinfrastrukturen in  
38 kommunaler Hand
- 39 • Die Verankerung von Open Educational Resources (OER) und kritischer  
40 Medienbildung in allen Bildungseinrichtungen
- 41 • Die Entwicklung verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien für die  
42 Digitalisierung (Energieeffizienz, Reparierbarkeit, digitale  
43 Kreislaufwirtschaft)

#### 44 4. Evaluierung und Weiterentwicklung

45 Der Landesvorstand berichtet auf einer LDK 2027 über die Umsetzung dieser  
46 Strategie und die Arbeit des Arbeitskreises.

## Begründung

47 Die digitale Souveränität ist eine zentrale Herausforderung für die  
48 demokratische Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert.  
49 Während Bund, Länder und Kommunen sich bereits zum Ziel gesetzt haben, die  
50 digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken (vgl. IT-  
51 Planungsrat), fehlt es oft an konkreten Umsetzungsschritten und verbindlichen  
52 Vorgaben.

53 Die Abhängigkeit von einzelnen Tech-Konzernen wie Microsoft, Google oder Amazon  
54 Web Services schränkt die Handlungsfähigkeit öffentlicher Institutionen ein,  
55 gefährdet den Datenschutz und führt zu erheblichen finanziellen Belastungen  
56 durch Lizenzkosten und Vendor Lock-in-Effekte. Die Machtfülle einzelner Tech-  
57 Konzerne ist dabei längst nicht nur ein theoretisches Risiko, sondern Realität.  
58 Deutlich wurde dies etwa, als Microsoft den E-Mail-Account von Karim Khan, dem  
59 Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, blockierte. Ebenso  
60 alarmierend ist die Aussage des Chefjustizars von Microsoft Frankreich, dass  
61 Daten europäischer Bürger\*innen in der Microsoft-Cloud nicht vor dem Zugriff US-  
62 amerikanischer Behörden geschützt seien. Diese Beispiele machen klar: Fehlende  
63 digitale Souveränität gefährdet nicht nur den Datenschutz oder verursacht  
64 Mehrkosten, sondern stellt eine ernsthafte Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit,  
65 Demokratie und internationale Handlungsfähigkeit dar.

66 Der Deutsche Städtetag und die KGSt haben in ihrer gemeinsamen Initiative  
67 "Digitale Souveränität" bereits 2020 auf die Notwendigkeit eines strategischen  
68 Ansatzes hingewiesen.  
69 Experten fordern konkrete Maßnahmen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern  
70 zu verringern und die Digitalisierung souveräner zu gestalten.

71 Unser Antrag greift den Beschluss "Digitaler Aufbruch" der  
72 Bundesdelegiertenkonferenz sowie das Positionspapier der Bundestagsfraktion zu  
73 FOSS auf und konkretisiert diese für Thüringen, insbesondere für die  
74 parteiinterne Arbeit.

75 Mit einem strategischen Multi-Cloud-Ansatz, hohen Sicherheitsstandards und  
76 konsequenter Nutzerorientierung kann Thüringen, ähnlich wie IT.NRW, die Basis  
77 für eine zukunftssichere digitale Infrastruktur schaffen. Cloud-Technologien  
78 sind dabei ein Schlüssel, um die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung  
79 voranzutreiben und mit innovativen Technologien Schritt zu halten. Dies können  
80 wir als Partei leben und so als Beispiel vorangehen, um in einer zukünftigen  
81 Landtagsfraktion direkt in diesem Thema weiterhin schlagkräftig zu sein.

82 Die vorgeschlagene Strategie verbindet Gemeinwohlorientierung, Nachhaltigkeit  
83 und Unabhängigkeit. Sie stärkt lokale IT-Kompetenzen, will die regionale  
84 Wirtschaft durch Investitionen in offene Technologien fördern und trägt zur  
85 digitalen Teilhabe aller Bürger\*innen bei.

86 Durch die explizite Verpflichtung des Landesverbandes zum Handeln stellen wir  
87 sicher, dass wir unsere Werte nicht nur nach außen vertreten, sondern auch  
88 innerparteilich leben.

89 Unser Antrag knüpft dabei ausdrücklich an das von der Landesdelegiertenkonferenz  
90 beschlossene Positionspapier „Forward to the Future – Grüne Leitideen für eine  
91 digitale Zukunft“ aus dem Jahr 2018 an. Schon dort wurde die digitale  
92 Souveränität als Querschnittsthema definiert – verbunden mit einer klaren Vision  
93 für Open Source, digitale Resilienz, Datenschutz und Gemeinwohlorientierung in  
94 der digitalen Transformation. Die in diesem Antrag formulierten Ziele  
95 konkretisieren und aktualisieren die dort entwickelten strategischen Leitlinien  
96 im Sinne einer praktischen Umsetzung.

97 Darüber hinaus verweisen wir auf die umfangreiche Studie „Linux-Arbeitsplatz für  
98 die öffentliche Verwaltung“ aus Schleswig-Holstein (2022). Dort wurde in einem  
99 breiten Pilotprojekt belegt, dass digitale Souveränität durch konsequente  
100 Nutzung von Open Source sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich  
101 tragfähig ist. Die dort entwickelte Open-Source-Strategie mit Multi-Vendor-  
102 Prinzip, modularer IT-Infrastruktur, plattformsouveränen Fachanwendungen und  
103 datensparsamen Arbeitsplatzlösungen bietet eine fundierte Blaupause für  
104 Thüringen und auch den Landesverband.

105 Schleswig-Holstein zeigt, dass digitale Souveränität nicht nur eine politische  
106 Willensfrage ist, sondern durch einen strukturierten, langfristigen Aufbau von  
107 Kompetenz und Infrastruktur realisierbar wird. Besonders hervorzuheben ist, dass  
108 auch die Risiken (z. B. Akzeptanzprobleme, Fachanwendungen) nicht ausgeblendet,  
109 sondern lösungsorientiert adressiert werden. Die Studie zeigt zudem, dass ein  
110 Open-Source-basierter Verwaltungsarbeitsplatz nicht nur ein technologisches  
111 Projekt ist, sondern ein strategisches Signal für Selbstbestimmung,  
112 Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung in der Digitalisierung.

113 QUELLEN:

114 [1] CIO Bund - Digitale Souveränität  
115 [https://www.cio.bund.de/Web/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-](https://www.cio.bund.de/Web/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html)  
116 [souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html](https://www.cio.bund.de/Web/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html)

- 117 [2] Digitale Souveränität in der öffentlichen Verwaltung: Sieben ... - OSBA  
118 [https://osb-alliance.de/news/digitale-souveraenitaet-in-der-oeffentlichen-](https://osb-alliance.de/news/digitale-souveraenitaet-in-der-oeffentlichen-verwaltung-sieben-schritte-die-jetzt-notwendig-sind)  
119 [verwaltung-sieben-schritte-die-jetzt-notwendig-sind](https://osb-alliance.de/news/digitale-souveraenitaet-in-der-oeffentlichen-verwaltung-sieben-schritte-die-jetzt-notwendig-sind)
- 120 [3] PDF  
121 [https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2020/dig-](https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2020/dig-ital-e-souveraenitaet-diskussionspapier.pdf)  
122 [ital-e-souveraenitaet-diskussionspapier.pdf](https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2020/dig-ital-e-souveraenitaet-diskussionspapier.pdf)
- 123 [4] PDF  
124 [https://angacom.de/fileadmin/Upload/2025/Pressefächer/Kommune21\\_05\\_2025.pdf](https://angacom.de/fileadmin/Upload/2025/Pressefächer/Kommune21_05_2025.pdf) [5]  
125 Der digitale Wandel in der öffentlichen Verwaltung | EY - Deutschland  
126 [https://www.ey.com/de\\_de/insights/consulting/der-digitale-wandel-in-der-](https://www.ey.com/de_de/insights/consulting/der-digitale-wandel-in-der-offentlichen-verwaltung)  
127 [offentlichen-verwaltung](https://www.ey.com/de_de/insights/consulting/der-digitale-wandel-in-der-offentlichen-verwaltung)
- 128 [6] „Forward to the future“, LDK 2018,
- 129 [7] Studie „Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung“, Schleswig-  
130 Holstein, 2022